Geschäftsbericht 2018

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Mitglieder des Vorstandes der Städteinitiative Sozialpolitik engagierten sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband in den folgenden Dossiers:

Vernehmlassungen und Konsultationen

- Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) und Vorkonsultation des Staatssekretariates für Migration (SEM) zu Art. 30aVZAE, berufliche Grundbildung von Sans-Papiers.
- Integrationsagenda Schweiz und Abgeltung der Kantone für unbegleitete Minderjährige im Asyl- und Flüchtlingsbereich
- Stabilisierung der AHV (AHV21)
- EL-Verordnung, Verlegung des Stichtags für die Berechnung des Bundesanteils
- Familienzulagen (FamZG)
- Betäubungsmittelgesetz: Pilotversuche mit Cannabis, zustimmend, mit Präzisierungsvorschlägen
- Zivildienstgesetz (ZDG)
- Allgemeiner Teil Sozialversicherungsgesetz, (ATSG), Überwachung von Versicherten
- Ausführungsbestimmungen zur Überwachung von Versicherten (ATSV)

Asyl und Integration

Im Asylbereich waren die Städte, vertreten durch den Schweizerischen Städteverband respektive die Städteinitiative Sozialpolitik, wichtige Partner bei der Neustrukturierung des Asylprozesses und brachte ihre Anliegen bei Bund und Kantonen ein. Gemeinsam mit EDK, SODK und KdK konnte die Integrationsagenda erarbeitet werden, die 2018 vom Bundesrat beschlossen wurde. Sie führt zu strukturierteren Prozessen und Zielen sowie höheren Integrationspauschalen des Bundes.

Sozialhilfe

Die Verbindlichkeit der von der SODK verabschiedeten SKOS-Richtlinie (insbesondere die Höhe des Grundbedarfs) wurde in mehreren Kantonen in Frage gestellt. Die Städte befürchten eine zunehmend willkürliche Ausgestaltung der Sozialhilfe in den verschiedenen Kantonen anstelle der anzustrebenden Harmonisierung und Rechtsgleichheit. Die Städteinitiative Sozialpolitik befasste sich an der Frühlingskonferenz mit dem Thema und engagierte sich für eine stärkere Vernetzung der relevanten Organisationen, um gemeinsam für eine faire Sozialhilfe einzustehen.

Ausgehend vom nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus befassten sich Vorstand und Ausschuss AG LA der Städteinitiative Sozialpolitik mit neuen Fragen rund um Extremismus, mit denen Sozialdienste konfrontiert werden.

2. Vorstand

Am 31. Dezember 2018 setzte sich der Vorstand aus den folgenden Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Oscar Tosato, Lausanne, Vizepräsident, SP, seit 2011
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Sonja Lüthi, GLP, St. Gallen, seit Juni 2018
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013
- Antoinette de Weck, Freiburg, FDP, seit 2013

2018 fanden insgesamt fünf Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Der Mitgliederversammlung konnte im Berichtsjahr eine Teilrevision der Statuten vorgelegt werden. Die Teilrevision enthielt organisatorische Änderungen aufgrund der Statutenrevision des Schweiz. Städteverbandes und für eine erleichterte Steuerbefreiung. Als Geschäftsführerin amtet Katharina Rüegg, Winterthur.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte (AG LA) trafen sich zu drei Sitzungen. Schwerpunkte waren die Auswirkungen der Digitalisierung im Arbeitsmarkt und die Nutzung von Chatbots im Sozialbereich, die Zusammenarbeit zwischen Sozialen Diensten und dem RAV sowie Erfahrungsaustausch und Diskussion aktueller Fachthemen. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe hat Stefan Liembd, Luzern, inne.

Die Leitenden Angestellten führten ihre Jahrestagung gemeinsam mit der SKOS zum Thema «Fallbelastung in der Sozialhilfe» durch. Ausgangspunkt war die Winterthurer Studie, die zeigte, dass mehr Einnahmen (subsidiäre Leistungen und Erwerbseinkommen) generiert werden konnten, als die Fallbelastung sank. Die Referate zur Fallbelastung und zu den Erfolgsfaktoren für die Fallsteuerung stiessen auf grosses Interesse.

Zudem haben leitende Angestellte oder Mitarbeitende von Sozialen Diensten die Städteinitiative Sozialpolitik in Arbeitsgruppen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe und dem Bundesamt für Sozialversicherungen vertreten.

Liliane Blurtschi, Dietikon, vertrat die Städte an der Konferenz des European Social Network (ESN) in Sevilla zum Thema «Invest – Innovate – Transform: Empowering people and communities». Auch am Herbstseminar zur Arbeitsintegration war die AG LA vertreten.

Im Auschuss der leitenden Angestelltenfolgte auf Susanne Naef (ehemals Wil) Doris Kölsch, Adliswil.

5. Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in den Städten

Der Kennzahlenbericht 2017 zeigte, dass bei jungen Erwachsenen die Ablösung aus der Sozialhilfe auf längere Sicht meistens gelingt. Besonders problematisch ist die Situation für Personen ohne Berufsabschluss. Erstmals konnte in einer Längsschnittstudie die Entwicklung von Jungen in der Sozialhilfe über sieben Jahre untersucht werden.

Der Kennzahlenbericht 2017, der im Oktober 2018 publiziert wurde, wurde von den Medien positiv aufgenommen; eine gute Resonanz gab es insbesondere in Biel. Die Entwicklung der Sozialhilfe in den Städten war 2017 insgesamt moderat; der Fallanstieg war mit 1.6 Prozent unterdurchschnittlich.

Die Kennzahlen-Gruppe unter der Leitung von Beat Schmocker, Schaffhausen, knüpfte Kontakte zu mehreren Städten der Romandie, um ein Pilotprojekt zu den Sozialhilfekennzahlen zu starten. Beteiligt sind als Auftragnehmerin die Berner Fachhochschule, Fachbereich Soziale Arbeit, sowie das Bundesamt für Statistik, BFS.

6. Netzwerk Romandie

Das Netzwerk (Koordination: Christine Winkler) trug mit Kontakten und Organisationsunterstützung wesentlich zur Herbstkonferenz in Sion bei. Die Konferenzen ermöglichen den wichtigen fachlichen und persönlichen Austausch zwischen den Mitgliedern der Städteinitiative Sozialpolitik aus den verschiedenen Sprachregionen. 2018 fand keine Sitzung des Netzwerks Romandie statt.

7. Konferenzen

Frühlingskonferenz in Baden/AG hatte „Sozialhilfe wirkt!“ zum Thema. Verschiedene Referentinnen und Referenten zeigten auf, welchen Beitrag die Sozialhilfe zur Armutsbekämpfung und zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität und Sicherheit beiträgt. Angesprochen wurde auch der zunehmende politische und mediale Druck auf die Sozialhilfe und mit welchen Argumenten dagegen gehalten werden kann. Bühnenpoetin Patti Basler steuerte ein kurzweiliges Protokoll der Konferenz bei.

Die Herbstkonferenz in Sion wurde gemeinsam mit dem Netzwerk altersfreundlicher Städte durchgeführt. Sie stand unter dem Titel «Altersfreundliche Stadt: Wunsch oder Wirklichkeit?» Die Stadt Sion stellte ihr aktuelles Alterskonzept vor, von der Fachhochschule Nordwestschweiz folgte eine Analyse der Betreuungssituation von betagten Menschen in der Schweiz und in drei Workshops wurden aktuelle Fragestellungen aus Forschung, Politik und Praxis diskutiert.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Gemeinsam mit dem Netzwerk Lebendige Quartiere wurde der Bedarf an einer externen Studie über Quartierzentren abgeklärt. Der Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik verzichtete aufgrund des vorgeschlagenen Studiendesigns und sprach sich für einen Austausch von best practice unter den Städten aus.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit zahlreichen (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migration
- Nationaler Dialog Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik war zudem in der Arbeitsgruppe des Bundes zur Resettlement-Politik vertreten.

Franziska Teuscher amtete als Jury-Mitglied zur Vergabe des sozialinfo-Preises zum Jubiläumsjahr.

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

9. Mitgliederbestand 2018

Total Mitglieder per 31.12.2018:	58
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	1 (Montreux)

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Nicolas Galladé Präsident
Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, 8. März 2019